

**Rottweil**

## Zepfenhan scheut den Rechtsstreit nicht

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 28.10.2011 um 21:02



Das Gefängnis in Offenburg (Bild) gilt als Beispiel für den geplanten Neubau in Rottweil.  
Foto: Seeger Foto: Schwarzwälder-Bote

Von Patrick Nädele

Rottweil-Zepfenhan. Im Kampf um das Bitzwäldle scheut der Ortsteil Zepfenhan auch die gerichtliche Auseinandersetzung nicht. Das macht der Ortschaftsrat in einem Brief an die Spitze der Landesregierung deutlich.

Auf mittlerweile überholten Annahmen basiere die Entscheidung des Gemeinderats für das Bitzwäldle als potenzieller Gefängnisstandort, argumentiert das Gremium in dem offenen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Finanzminister Nils Schmid, Justizminister Rainer Stickelberger, Staatssekretär Ingo Rust und OB Ralf Broß. Wer wie Broß weiter an diesem "Naturparadies" (Fachzeitschrift GEO) festhalte, verkenne die Bedeutung dieses Waldes. Die Ortschaftsräte sehen sich in der Pflicht, die Rechte "als einst selbstständige Gemeinde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen und auf eine langjährige gerichtliche Auseinandersetzung mit der Stadt Rottweil" zuzusteuern.

Von den Verantwortlichen in der Landesregierung erwartet sich das Gremium mehr Weitsicht als von den Stadtverantwortlichen, küren die Unterzeichner das Bitzwäldle zur "Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit grün-roter Landespolitik". In diesem Zusammenhang erinnern sie an das Versprechen eines neuen Standortsuchlaufs.

Ähnliche Töne schlagen auch die Bürgerinitiative und der Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (NAKU) in einer Pressemitteilung an. Die Erwartung: "Dass die grün-rote Landesregierung vorlebt, was sie der Industrie und ihren Bürgern in Punkto Flächenverbrauch und Zersiedlung vorschreibt". Nachdem nun öffentlich bekannt sei, welche Bundeswehrstandorte geschlossen oder verkleinert werden, könnten diese Konversionsflächen in die Überlegungen für einen alternativen Standort berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die Vorbereitungen zur Prüfung des Haftplatzbedarfs und des neuen Suchlaufs für einen Gefängnisstandort geben die Bürgerinitiative und der NAKU den politisch Verantwortlichen die Broschüre "Der transparente Weg zum Justizvollzug 2019 - JVA zwischen Rottenburg, Sigmaringen, Waldshut" an die Hand, die sie laut eigener Mitteilung als "Chronologie einer optimalen Vorgehensweise bei der Planung moderner Haftplatzbedingungen" verstehen.